

**Schlussbericht**  
  
**über die örtliche Prüfung**  
  
**zur Feststellung**  
  
**des Jahresabschlusses 2013**  
  
**der Großen Kreisstadt Delitzsch**

## 1. Allgemeines

### 1.1 Prüfauftrag

Die Notwendigkeit der Prüfung des Jahresabschlusses ergibt sich aus § 104 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen. Das Rechnungsprüfungsamt hat den Jahresabschluss einschließlich des Anhangs mit allen Anlagen und des Rechenschaftsberichtes vor der Feststellung durch den Stadtrat daraufhin zu prüfen, ob

- bei den Erträgen, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen sowie bei der Vermögensverwaltung vorschriftsmäßig verfahren worden ist,
- die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch vorschriftsmäßig begründet und belegt sind,
- der Haushaltsplan eingehalten worden ist und
- das Vermögen, die Kapitalposition, die Sonderposten, die Rechnungsabgrenzungsposten und die Schulden richtig nachgewiesen worden sind.

Die SächsKomPrüfVO-Doppik regelt Inhalte und Aufgaben der Prüfung. Als Maßstäbe gelten dabei Ordnungsmäßigkeit, Rechtmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit des Verwaltungshandelns. Die Prüfung soll feststellen, ob der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage vermittelt.

### 1.2 Prüfungsgegenstand/-grundlagen

Auf der Grundlage von § 88 SächsGemO muss der Jahresabschluss 2013 klar und übersichtlich sein. Er hat sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen zu enthalten. Darüber hinaus hat er unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Großen Kreisstadt Delitzsch zu vermitteln.

Bestandteile des Jahresabschlusses sind Ergebnis-, Finanz- und Vermögensrechnung. Er ist um einen Anhang zu erweitern und durch einen Rechenschaftsbericht zu erläutern. Dem Anhang sind gemäß § 88 Abs. 4 SächsGemO weitere Anlagen beizufügen.

Prüfungsgrundlagen waren die zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses aktuellen Rechtsnormen einschließlich weiterführender Bestimmungen, Hinweise, Richtlinien, Erlasse u.a.m. Weiterhin zur Prüfung herangezogen wurden Inventare, Belege, Akten und sonstige begründende Unterlagen der Verwaltung.

Gemäß § 10 Abs. 5 SächsKomPrüfVO hat der Bürgermeister dem Rechnungsprüfungsamt schriftlich zu erklären, dass alle im Rahmen der Prüfung erteilten Auskünfte und Nachweise vollständig und richtig sind. Die Vollständigkeitserklärung lag dem Rechnungsprüfungsamt mit Datum vom 13.10.2017 vor.

Kredite zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen und Verpflichtungsermächtigungen wurden nicht festgesetzt. Der Höchstbetrag der Kassenkredite wurde für 2013 mit 3.000.000 Euro festgesetzt.

Im Amtsblatt der Großen Kreisstadt Delitzsch und des Landkreises Nordsachsen vom 22.11.2013 erfolgte die öffentliche Bekanntmachung der Haushaltssatzung.

In der Zeit vom 25.11.-03.12.2013 lagen Haushaltssatzung und Haushaltsplan öffentlich aus.

#### 4. Ergebnisrechnung

Die Gliederung der Ergebnisrechnung entspricht den Vorgaben des § 48 SächsKomHVO-Doppik.

##### 4.1 Planfortschreibung und Planerfüllung

Die Ergebnisrechnung des Haushaltsjahres 2013 wurde im Vergleich zum Plan wie folgt abgeschlossen:

(Euro)	<b>Plan 2013</b>	<b>fortgeschriebener Plan 2013</b>	<b>Ergebnis 2013</b>	<b>Abw. fortg. Plan/Ergebnis</b>
ordentliche				
Erträge	33.666.300,00	33.900.360,39	48.031.242,66	14.130.882,27
ordentliche				
Aufwendungen	35.110.600,00	35.281.016,50	34.940.803,05	./ 340.213,45
ordentliches				
Ergebnis	./ 1.444.300,00	./ 1.380.656,11	13.090.439,61	14.471.095,72
außerordentliche				
Erträge	375.500,00	375.500,00	779.507,27	404.007,27
außerordentliche				
Aufwendungen	288.000,00	288.000,00	676.639,85	388.639,85
Sonderergebnis	87.500,00	87.500,00	102.867,42	15.367,42
Gesamtergebnis	./ 1.356.800,00	./ 1.293.156,11	13.193.307,03	14.486.463,14

Mit der Fortschreibung der Planansätze (üpl/apl) waren die ordentlichen Erträge gegenüber dem ursprünglichen Plan um 234,1 T Euro erhöht worden, die geplanten ordentlichen Aufwendungen stiegen um 170,4 T Euro.

Durch diese Veränderungen verringerte sich der im ordentlichen Ergebnis geplante Fehlbetrag um 63,6 T Euro.

Das Haushaltsjahr 2013 schloss im ordentlichen Ergebnis mit einem Überschuss von 13,1 Mio. Euro ab, was gegenüber dem fortgeschriebenen Plan eine Ergebnisverbesserung um 14,5 Mio. Euro bedeutete.

Die Ergebnisverbesserung resultierte hauptsächlich aus dem Saldo aus Zu- und Abgängen (14.360.587,24 €) der Finanzanlagen. Jährlich ist die Werthaltigkeit der Finanzanlagen zu überprüfen. Zu den Finanzanlagen zählen die Anteile an verbundenen Unternehmen (WGD), die Beteiligungen (enviaM, KBE, AZV UL, AZVD, DERAUA, ZV DSW, KISA) und das Sondervermögen (SGD).

In den einzelnen Teilhaushalten sind lt. Buchwerk folgende Ergebnisse des ordentlichen Ergebnisses erzielt worden:

THH	Bezeichnung	fortgeschr. Plan 2013 (Euro)	Ergebnis 2013 (Euro)	Abweichung fortg. Plan/Ergebnis (Euro)
1	Innere Verwaltung	./ 3.873.348,11	./ 3.674.610,76	198.737,35
2	Sicherheit und Ordnung	./ 1.256.200,00	./ 1.071.432,39	184.767,61
3	Schulträgeraufgaben	./ 1.647.100,00	./ 2.423.000,61	./ 775.900,61
4	Kultur, Wissenschaft und Sport	./ 1.082.660,81	./ 1.101.232,54	./ 18.571,73
5	Soziale Hilfen, Kinder- und Jugendarbeit	./ 3.078.400,00	./ 3.128.545,76	./ 50.145,76
6	Bauplanung, Bauordn. und Verkehrsflächen	./ 3.023.947,19	./ 1.717.537,72	1.306.409,47
7	Natur- u. Landschafts- pflege	./ 1.221.000,00	./ 1.127.498,78	93.501,22
8	Wirtschaft u. Tourism. Ver- u. Entsorgung	724.600,00	11.552.078,22	10.827.478,22
9	Allgemeine Finanz- wirtschaft	13.077.400,00	15.782.219,95	2.704.819,95
<b>ordentliches Ergebnis</b>		<b>./ 1.380.656,11</b>	<b>13.090.439,61</b>	<b>14.471.095,72</b>

Bei drei von neun Teilhaushalten waren Verschlechterungen der Ergebnisse gegenüber den fortgeschriebenen Planansätzen festzustellen. Diese Verschlechterungen sind verursacht durch die konkrete Zuordnung der Abschreibungen. Geplant waren die Abschreibungen komplett im Teilhaushalt 9 Allgemeine Finanzwirtschaft.

Wesentliche Abweichungen zwischen geplanten und erzielten Ergebnissen waren im Rechenschaftsbericht erläutert.

## 5. Finanzrechnung

Die Gliederung der Finanzrechnung entspricht den Vorgaben des § 49 SächsKomHVO-Doppik.

### 5.1 Planfortschreibung und Planerfüllung

Die Ergebnisse der Finanzrechnung im Vergleich zur fortgeschriebenen Finanzplanung stellten sich wie folgt dar (Angaben in Euro)

### 5.3 Prüfung der Kasse des Freibades

Im April 2013 erfolgte die Kontrolle der Kassenabrechnung des Freibades für das Jahr 2012. Bei der Prüfung vorgefundene geringfügige Differenzen wurden nachträglich berichtigt.

### 6. Berichtigung der Bilanzposition Basiskapital

Nach § 62 Abs. 1 SächsKomHVO-Doppik besteht die Möglichkeit, im letzten noch nicht festgestellten Jahresabschluss, Wertansätze der Eröffnungsbilanz hinsichtlich fehlerhafter oder zu Unrecht bzw. vollständig unterbliebener Ansätze der Vermögensgegenstände, Rücklagen, Sonderposten, Rückstellungen, Verbindlichkeiten oder Rechnungsabgrenzungsposten zu berichtigen.

Berichtigungen auf der Soll-Seite i. H. v.	6.981.388,37 €
standen Berichtigungen auf der Haben-Seite i. H. v.	8.442.890,11 €
gegenüber, so dass das Basiskapital saldiert um	1.461.501,74 €
berichtigt wurde.	

Die durchgeführten Berichtigungen resultieren aus Prüfungsfeststellungen der überörtlichen und örtlichen Prüfung der Eröffnungsbilanz.

### 7. Vermögensrechnung (Bilanz)

Die Gliederung der Vermögensrechnung (Bilanz) entspricht den Vorgaben des § 51 SächsKomHVO-Doppik.

Die Große Kreisstadt Delitzsch erzielte ein ordentliches Ergebnis von 13.090.439,61 € und ein Sonderergebnis von 102.867,42 €.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Veränderungen im Zeitraum 1.1.2013 bis 31.12.2013 (Angaben in Euro):

Bezeichnung	31.12.2013	01.01.2013	Veränderung
<b>Aktiva</b>			
Anlagevermögen	213.285.436,17	205.100.452,76	8.184.983,41
Umlaufvermögen	11.651.800,25	12.737.632,90	/- 1.085.832,65
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	12.055,33	0,00	12.055,33
<b>Bilanzsumme</b>	<b>224.949.291,75</b>	<b>217.838.085,66</b>	<b>7.111.206,09</b>
<b>Passiva</b>			
Eigenkapital	162.414.659,13	147.759.850,36	14.654.808,77
Sonderposten	43.845.590,48	48.960.563,35	/- 5.114.972,87
Rückstellungen	2.229.049,73	2.807.561,09	/- 578.511,36
Verbindlichkeiten	16.141.507,92	18.295.442,56	/- 2.153.934,61
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	318.484,49	14.668,30	303.816,19
<b>Bilanzsumme</b>	<b>224.949.291,75</b>	<b>217.838.085,66</b>	<b>7.111.206,09</b>

Geprüft wurde die im Jahr 2013 in der Anlagenbuchhaltung aktivierte Kindertagesstätte Zauberhaus.

Folgende Feststellungen ergab die Prüfung:

#### *Dokumentation*

Die vorgelegten Unterlagen entsprechen nicht vollumfänglich den Anforderungen des § 22 Abs.1 SächKomKBVO. Die Aufzeichnungen in den Büchern und die sonst erforderlichen Aufzeichnungen müssen vollständig, richtig, zeitgerecht, geordnet und nachprüfbar vorgenommen werden. Die Buchführung muss so beschaffen sein, dass sie einem sachverständigen Dritten innerhalb angemessener Zeit einen Überblick über die Verwaltungsvorfälle vermitteln kann.

#### *Aufteilung der Rechnungen nach Sachkonten*

Die Aufteilung der Rechnungen nach Sachkonten ist notwendig, da z. Bsp. für „Grün“ mit Erstellung der Eröffnungsbilanz ein Festwert gebildet wurde und die Ausgaben für „Grün“ deshalb in den Aufwand zu buchen sind.

Die Aufteilung der Kosten der Schlussrechnung alpina AG und Schlussrechnung May Landschaftsarchitekten erfolgte nicht sachgerecht (siehe Protokoll vom 18.07.2017).

#### *Betriebsvorrichtung*

INV-2013-016388 Zaun und Gitter- Abfanggeländer 17.474,76 €

Das gebuchte Inventar gehört zu den Außenanlagen und ist nicht als Betriebsvorrichtung zu buchen (siehe Bewertungsrichtlinie Lfd. Nr. 1).

INV-2013-016327 Gerätehaus 5.406,99 €

Das gebuchte Inventar gehört zu den Gebäuden und ist nicht als Betriebsvorrichtung zu buchen (siehe Bewertungsrichtlinie lfd. Nr. 2 p).

#### Sonstiges

Die Ermittlung des bereinigten Gebäudewertes vom Bürgerhaus/Feuerwehr Laue am Bewertungsstichtag erfolgte auf der Grundlage des Ermittlungsschemas Sachwertverfahren zum Bewertungsstichtag 1. Januar 2000 statt 2003 (siehe Vordruck).

In den Jahren 2002/2003 wurde das Gebäude saniert.

Die Prüfung ergab, dass in den aktivierten Herstellungskosten für das Bürgerhaus/Feuerwehr INV-2004-015646 / INV-2004-014647 Kosten für das Nebengebäude INV-1981-015910 und das Hofgebäude INV-1989-015908 enthalten sind (42.392,85 €).

Da die Maßnahme Bürgerhaus Laue/Feuerwehr bereits 2003 abgeschlossen war, hätte der Zugang der Herstellungskosten zum Anlagegut bereits 2003 (nicht erst 2004) erfolgen müssen. Dies hätte einen höheren Abschreibungsbetrag bereits ab diesem Zeitpunkt zur Folge gehabt.

Die Aufteilung der Kosten erfolgte im Verhältnis 60 % Bürgerhaus und 40 % Feuerwehr. Der Sonderposten wurde jedoch vollständig dem Bürgerhaus zugeordnet.

Die Aufteilung des Sonderpostens ist zu korrigieren.

(Baustelleneinrichtung, Verkehrssicherung und Bauvorbereitung) wurden prozentual auf der Grundlage der im Jahr 2013 entstandenen Kosten aufgeteilt.

Da die Kosten aus 2012 bei der Ermittlung der prozentualen Aufteilung keine Berücksichtigung fanden, ist die Aufteilung der Allgemeinkosten fehlerhaft.

Künftig ist darauf zu achten, dass die Schlussrechnung Grundlage für die Ermittlung von Aufteilungsschlüsseln sein muss.

#### *Aufteilung der Kosten Zäune und Zuordnung zur Kostenstelle/Sachkonto*

Die Aufteilung erfolgte in „Zaun im Kita-Gelände“ Kst. 36.52.01.40, „Zaun und Tor im Zufahrtsbereich“ Kst. 54.60.01.00 und „Abgrenzung Parkplatz zu Kita“ Kst. 54.60.01.00.

Auf Grund der Baumaßnahme Parkplatz mussten die Zäune der Kita versetzt werden. In diesem Zusammenhang wurden die Zäune „Zaun und Tor im Zufahrtsbereich“ und „Abgrenzung Parkplatz zu Kita“ neu errichtet.

Die Zäune sind der Kostenstelle 36.52.01.40 zuzuordnen.

Außerdem sind die Zäune den Außenanlagen der Kita zuzuordnen und stellen keine Betriebsvorrichtungen dar (siehe Bewertungsrichtlinie).

### 7.1.3 Finanzanlagevermögen

<u>Bilanzposition</u>	<u>31.12.2013</u>	<u>01.01.2013</u>	<u>Veränderung</u>
Finanzanlagevermögen	89.732.914,47 €	75.372.327,23 €	14.360.587,24 €

Zu den Finanzanlagen zählen die Anteile an verbundenen Unternehmen (WGD), die Beteiligungen (enviaM, KBE, AZV UL, AZVD, DERAUA, ZV DSW, KISA) und das Sondervermögen (SGD).

Eine Einzelaufstellung liegt in der Verwaltung vor. Diese enthält die Zu- und Abgänge per 31.12.2013. Die Prüfung ergab keine Beanstandungen.

### 7.2 Umlaufvermögen

#### 7.2.1 Forderungen

<u>Bilanzposition</u>	<u>31.12.2013</u>	<u>01.01.2013</u>	<u>Veränderung</u>
öffentl. –rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen	2.575.791,06 €	4.536.978,34 €	./ 1.961.187,28 €
privatrechtl. Forderungen, Wertpapiere des Umlaufvermögens	590.575,51 €	334.422,89 €	256.152,62 €

Forderungen sind zu ihrem Nominalwert zu bewerten. Zur Berücksichtigung des Ausfallrisikos von Forderungen sind Wertberichtigungen durch Einzel- oder Pauschalwertberichtigungen vorzunehmen, § 38 Abs. 4 SächsKomHVO-Doppik.

Das Basiskapital unterlag im Jahr 2013 Veränderungen in Folge der Einarbeitung von Eröffnungsbilanzkorrekturen gemäß § 62 SächsKomHVO-Doppik. Somit ergab sich saldiert eine Erhöhung des Basiskapitals um 1.461.501,74 €.

Wie der Tabelle zu entnehmen ist, wurden gemäß § 23 SächsKomHVO-Doppik die Überschüsse des ordentlichen und des Sonderergebnisses getrennten Rücklagen zugeführt.

### 7.5 Sonderposten

Bilanzposition	31.12.2013	01.01.2013	Veränderung
Sonderposten für empfangene Investitionszuwendungen	42.707.176,27 €	47.975.903,80 €	./ 5.268.727,53 €
Sonderposten für Investitions-Beiträge	928.494,13 €	984.659,55 €	./ 56.165,42 €
Sonstige Sonderposten	209.920,08 €	0,00 €	209.920,08 €
Summe Sonderposten	43.845.590,48 €	48.960.563,35 €	./ 5.114.972,87 €

Nach § 36 Abs. 6 in Verbindung mit § 40 Abs. 1 SächsKomHVO-Doppik sind insbesondere Investitionszuwendungen, Zuwendungen und Zuweisungen gemäß SächsFAG, Beiträge gemäß §§ 26 bis 32 SächsKAG sowie BauGB, Kostenerstattungen und ähnliche Entgelte sowie zweckgebundene Geld- und Sachgeschenke für Investitionen als Sonderposten zu passivieren.

Sonderposten sind gemäß § 40 Abs. 2 SächsKomHVO-Doppik den bezuschussten Vermögensgegenständen sachgerecht zuzuordnen und entsprechend ihrer Restnutzungsdauer ertragswirksam aufzulösen.

In der Bilanz zum 31.12.2013 wurden die Sonderposten entsprechend der Gliederung § 51 Abs. 3 Nr. 2 SächsKomHVO-Doppik unterschieden.



Die Verbindlichkeiten aus Krediten in Höhe von 11.834.466,39 € setzen sich aus mehreren Krediten zusammen. Der Bestand wird durch Kontoauszüge bzw. Saldenbestätigungen vollständig nachgewiesen.

Zur Erzielung günstigerer Kreditzinsen erfolgte die Umschuldung von sechs Krediten, deren Zinsbindung abgelaufen war.

#### 7.8 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Gemäß § 39 SächsKomHVO-Doppik sind Passive Rechnungsabgrenzungsposten mit dem Nominalbetrag der vor dem Bilanzstichtag erhaltenen Einnahmen, die einen Ertrag für einen bestimmten Zeitraum nach dem Bilanzstichtag betreffen, anzusetzen.

In der Bilanz per 31.12.2013 werden passive Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 318.484,49 € ausgewiesen.

#### 7.9 Darstellungen unter der Vermögensrechnung

Gemäß § 21 Abs. 1 SächsKomHVO-Doppik bleiben die Ansätze für Auszahlungen und Einzahlungen für Investitionen bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar, bei Baumaßnahmen und Beschaffungen längstens jedoch für 2 Jahre nach Schluss des Haushaltsjahres, in dem der Bau oder der Gegenstand in seinen wesentlichen Teilen in Benutzung genommen werden kann. Ein Übertragbarkeitsvermerk ist in diesen Fällen nicht erforderlich.

Übertragene Ansätze für Auszahlungen und Aufwendungen nach § 21 SächsKomHVO-Doppik belasten künftige Haushaltsjahre jedoch insofern, als sie sich im betreffenden Haushaltsjahr in der Höhe ihrer jeweiligen Inanspruchnahme auf deren Jahresergebnis auswirken. Aus diesem Grund sind sie unter der Vermögensrechnung (Bilanz) zu vermerken (§ 46 SächsKomHVO-Doppik).

In das Jahr 2014 wurden investive Auszahlungsreste in Höhe von 959.206,85 € übertragen.

### 8. Rechenschaftsbericht, Anhang, Anlagen

Gemäß § 88 Abs. 2 SächsGemO in Verbindung mit § 53 SächsKomHVO-Doppik sind im Rechenschaftsbericht der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die Lage der Gemeinde unter dem Gesichtspunkt der Sicherung der stetigen Erfüllung der Aufgaben so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird.

In den Anhang sind entsprechend § 52 SächsKomHVO-Doppik diejenigen Angaben aufzunehmen, die zu den einzelnen Posten der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung und der Vermögensrechnung vorgeschrieben sind. Ferner sind u. a. die auf die Posten der Ergebnisrechnung und der Vermögensrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften, Abweichungen von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und ausgeübte Wahlrechte in Bezug auf die Erfassung und Bewertung anzugeben.

## 9. Prüfungsvermerk

Nach Abschluss der Prüfung erteilt das Rechnungsprüfungsamt gemäß § 10 Abs. 4 SächsKomPrüfVO-Doppik folgenden Prüfungsvermerk:

Das Rechnungsprüfungsamt hat den Jahresabschluss 2013 der Großen Kreisstadt Delitzsch einschließlich des Anhangs / Rechenschaftsberichtes mit allen Anlagen auf der Grundlage von § 104 SächsGemO geprüft und bestätigt im Wesentlichen, dass

- bei den Erträgen, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen sowie bei der Vermögensverwaltung vorschriftsmäßig verfahren worden ist,
- die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch vorschriftsmäßig begründet und belegt sind,
- der Haushaltsplan eingehalten wurde und
- das Vermögen, die Kapitalposition, die Sonderposten, die Rechnungsabgrenzungsposten und die Schulden richtig nachgewiesen worden sind.

Aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entsprach der Jahresabschluss 2013 im Wesentlichen den gesetzlichen Vorschriften. Unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung vermittelte er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Großen Kreisstadt Delitzsch. Die in den einzelnen Punkten genannten Hinweise sollten beachtet werden.

Einzelne Abweichungen in der Vermögensrechnung von mehr als 0,7 Prozent der Bilanzsumme wurden nicht festgestellt.

Das Rechnungsprüfungsamt empfiehlt nach pflichtgemäßer Prüfung, den Jahresabschluss 2013 einschließlich des Berichtes mit allen Anlagen dem Stadtrat zur Feststellung vorzulegen.

Der Beschluss über die Feststellung ist nach § 88 Abs. 4 SächsGemO der Rechtsaufsichtsbehörde unverzüglich mitzuteilen und ortsüblich bekannt zu machen.

Der Jahresabschluss einschließlich Rechenschaftsbericht ist an sieben Werktagen öffentlich auszulegen; in der Bekanntmachung ist auf die Auslegung hinzuweisen.

Delitzsch, 05. Oktober 2017



Preussner  
Amtsleiterin